

IDA-Infomail

Nummer 3

Juni 2024, 25. Jg.

Editorial

-  Neues von IDA, IDA-NRW & OBR
-  Vielfalt-Mediathek
-  Mitgliedsverbände

- 1  Aktion & Information 14
- 2  Seminare & Tagungen 22
- 7  Feier- & Gedenktage 24
- 9  Impressum 25

Editorial

Nachdem die Europawahl wegen der Erfolge extrem rechter Parteien (gerade bei jungen Wähler:innen) eine herbe Enttäuschung war, hofft Nancy Faeser auf die EM. Sie soll nach dem Wunsch der Bundesinnen- und Sportministerin nicht nur das friedliche und bunte europäische Miteinander fördern. Vielmehr soll sie als Gegenmittel gegen die AfD „den Zusammenhalt“ in der Gesellschaft stärken, indem die Menschen sich unbeschwert mit „ihrem“ Nationalteam freuen.

Etwas bissig könnte mensch behaupten, die Ministerin möchte Nationalismus mit Nationalismus bekämpfen. Denn Nationalismus besteht darin, dass Wir-Gefühle und Wir-Bilder in Verbindung mit der Vorstellung von „Nation“, „Deutschland“ usw. angerufen und hergestellt werden. Die Vorstellung der „Nation“ ist etwas, das überhaupt erst seit gut 200 Jahren existiert. Mit dem Fußball ist sie eine enge Verbindung eingegangen. Der rituelle Rausch (oder die kollektive Trauer) festigt tatsächlich – das dürfte Nancy Faeser freuen – laut Studien das emotionale Band zwischen denjenigen, die sich einem nationalen Wir zugehörig fühlen. Darüber hinaus bestätigen sich bei der EM alle gegenseitig, dass es völlig normal sei, dass 11 Menschen jeweils Millionen von Menschen repräsentieren und dabei alle versuchen, die „beste Nation“ zu sein.

Faeser ignoriert jedoch lieber, dass laut einer Studie mit jedem gewonnenen Spiel die Ansicht steigt, dass Deutschland anderen Nationen überlegen sei und mehr Einfluss in der Welt haben sollte. Wo ist da jetzt genau der Unterschied zum AfD-Slogan zur Europawahl „Europa neu denken. Unser Land zuerst“?

Menschen, die nicht zur Nation gehören, werden systematisch Rechte verwehrt und damit nationale und globale Ungleichheiten gefestigt – egal, wie „bunt“ das deutsche Wir auch

sein mag. Während andere so etwas als tragische, aber hinzunehmende Kollateralschäden abtun, findet die AfD es wahrscheinlich ziemlich cool. Diese „Normalität“ schlägt sich aktuell v. a. in der Debatte um Abschiebungen und die Gängelung von Geflüchteten nieder.

Und so nutzen (nicht nur) Rassist:innen und Rechtsextreme ganz unüberraschenderweise den ganz normalen Fußball-Nationalismus dafür, mal klarzustellen, wer ihrer Ansicht nach nicht dazugehört: Gerade für BIPoC*, Juden:Jüdinnen, FLINTA* und Co. ruft die nationale Fußballbegeisterung deshalb auch Bedrohungsgefühle wach, wenn sie auch ohne EM schon Angst vor Gewalt durch alkoholisierte Fußballfans haben müssen. Wer dies als Fußball-Patriotismus verharmlost und Verbindungen zu rassistischen und rechtsextremen Einstellungen leugnet, verweigert sich der Realität. Das zeigte auch die Umfrage für die ARD-Doku „Einigkeit und Recht und Vielfalt“, bei der 21% der Menschen angaben sich zu wünschen, dass mehr *weiße* Spieler in der Nationalmannschaft wären.

Sehr bekannt, nicht nur aus Deutschland, ist auch der „Özil-Effekt“: Wenn ein divers aufgestelltes Team erfolgreich spielt, wächst die Akzeptanz für Diversität. Aber immer wieder erleben BIPoC* Spieler heftige rassistische Anfeindungen, wenn sie oder ihre Team mal nicht erfolgreich spielen. Solange sie in der Konkurrenz der Nationen nützlich sind, dürfen sie gerne mitspielen. Auch dieses Prinzip kennen wir aus der Migrationspolitik. Und auch da sagt die AfD: „I like!“

Spätestens hier sollte klar geworden sein: Die Identitätspolitik der Bundesinnenministerin ist nicht einfach nur naiv, sie ist brandgefährlich.

Neues von IDA e.V.:

■ Keine Kürzungen - Gerade Jetzt. Für Alle.

Die AfD bedroht die Demokratie wie nie zuvor und im Haushalt drohen massive Kürzungen, so heißt es im Aufruf eines neuen Bündnisses. Gemeinsam mit 160 weiteren Organisationen von großen bundesweiten Akteuren bis zu Fachträgern vor Ort ist IDA e.V. im Bündnis „Gerade jetzt. Für Alle. Deine Zivilgesellschaft“. „Wir kommen aus ganz unterschiedlichen Bereichen von der politischen Bildung über Freiwilligendienste, Kinder- und Jugendarbeit bis zu Trägern aus der Arbeit im Kontext von „Demokratie leben!“. Wir sind besorgt aufgrund der möglichen Kürzungen im Haushalt 2025. Auf keinen Fall darf es einen Kahlschlag bei Kinder- und Jugendarbeit, politischer Bildung, Freiwilligendiensten und Demokratieförderung geben. Wir brauchen diese Angebote mehr denn je!“

Gerade jetzt.

Für alle.

Deine Zivilgesellschaft

Wir machen uns große Sorgen, denn damit steht die Arbeit vieler engagierter Demokratinnen und Demokraten auf dem Spiel:

Demokratieförderung in Feuerwehren und Sportvereinen, Präventionsprojekte an Schulen, Beratung zum Umgang mit Rechtsextremismus für Engagierte, Gewaltopfer und Ausstiegswillige, Freiwilligendienste und Jugendverbände, die Vernetzung und Stärkung von Migrantinnen sowie innovative Ansätze in der Gedenkstättenarbeit – all das sind Angebote, die für unsere demokratische Gesellschaft unverzichtbar sind.

Doch all das steht aktuell auf dem Spiel – wenn die Sparvorgaben für den Haushalt 2025 eingehalten werden, stehen insbeson-

dere im Budget des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) keine Mittel mehr für die o.g. Träger zu Verfügung.

Was würde daraus folgen? Lehrkräfte werden mit ihren Herausforderungen allein gelassen: Langjährige außerschulische Projektpartner gibt es nicht mehr. Opfer von Rassismus und Antisemitismus bekommen keine Unterstützung, bedrohte Lokalpolitikerinnen und -politiker keine Hilfe mehr: Die Beratungsstellen müssen ihre Arbeit einstellen. Politische Bildungsangebote fallen einfach weg: Die Träger entlassen ihre Mitarbeitenden und müssen schließen. Freiwilligendienste stellen ihre Arbeit ein, viele kulturelle und ökologische Angebote gibt es nicht mehr. Kurz: Die Zivilgesellschaft wird auf Jahrzehnte geschwächt, die demokratische Kultur erodiert.

Das Bündnis braucht vielseitige Unterstützung. Die aktuellen Haushaltsverhandlungen dürfen auf keinen Fall zu einem Kahlschlag führen! Wir brauchen die Angebote mehr denn je – deshalb muss die Finanzierung des Kinder- und Jugendplans des Bundes, der Freiwilligendienste, der politischen Bildung und der großen Förderprogramme „Demokratie leben!“ (BMFSFJ) und „Zusammenhalt durch Teilhabe“ (BMI) in den kommenden Jahren sichergestellt und ausgebaut werden – gerade jetzt, für alle.

Macht weiter und sichtbar Werbung: in Artikeln, bei öffentlichen Auftritten, in eurer Signatur, in der Vernetzung, vor allem aber über eure Social Media-Kanäle. In kürzester Zeit haben sich mehr als 70.000 Menschen der **Petition** angeschlossen. Die Social-Media-Kampagne #GeradeJetztFürAlle läuft und auf der Kampagnenhomepage <https://gerade-jetzt-fuer-alle.de/> können Sharepics gedownloadet werden. Das Bündnis nimmt auch weiterhin auch lokale Organisationen auf und stellt auf Anfrage eine Vorlage für Briefe oder E-Mails an Abgeordnete zur Verfügung. Beitritt, Vorlagen und weitere Informationen gibt es bei kontakt@gerade-jetzt-fuer-alle.de.

Der Appell des von IDA mitgetragenen Bündnisse lautet: „Gemeinsam können wir es schaffen, unsere Botschaft noch deutlicher zu setzen. Dafür brauchen wir euer Engagement – gerade jetzt, für alle!“

Im Rahmen der Kampagne „Gerade Jetzt. Für Alle.“ erzählen die das Bündnis mittragenden Organisationen ihre eigenen „Geschichten“ darüber, was ein Auslaufen oder eine deutliche Kürzung der Finanzierung für ihre Arbeit bedeuten würden. In diesem Zusammenhang hat auch die bei IDA e.V. angesiedelte Opferberatung Rheinland aufgeschrieben, welche Auswirkungen mögliche Kürzungen auf ihre Arbeit hätten. Die Geschichten verdeutlichen an sehr konkreten Beispielen, was Kürzungen bedeuten würden:

Gerade noch vor Gericht unterstützt: Die Opferberatung Rheinland steht Betroffenen rechter Gewalt bei jedem Gerichtstermin zur Seite, gibt Halt und Sicherheit. **Aber wie lange noch?** Ohne ausreichende Finanzierung könnten diese wichtigen Begleitungen wegfallen. Betroffene müssten sich der belastenden Situation vor Gericht dann alleine stellen.

Gerade noch bei der Polizei begleitet: Betroffene rechter Gewalt erhalten durch die Opferberatung Rheinland wertvolle Unterstützung bei ihren Polizeiterminen. **Aber wie lange noch?** Kürzungen könnten dazu führen, dass diese Begleitung nicht mehr möglich ist. Dies würde potenziell zu noch weniger Anzeigen – und noch weniger Sichtbarkeit führen.

Gerade noch bei Entschädigungsanträgen geholfen: Die Opferberatung Rheinland hilft den Betroffenen, ihre Entschädigungsanträge korrekt auszufüllen und einzureichen. **Aber wie lange noch?** Finanzielle Engpässe könnten diese wichtige Unterstützung bedrohen. Einige Betroffene hätten dann keinen oder nur sehr eingeschränkten Zugang zu den Entschädigungsleistungen, die ihnen rechtlich zustehen.

Gerade noch psychosozial unterstützt: Dank der Opferberatung Rheinland erhalten Betroffene die nötige psychosoziale Unterstützung, um ihre Traumata zu bewältigen. **Aber wie lange noch?** Kürzungen könnten diese lebenswichtige Hilfe wegfallen lassen. Betroffene wären in der Bewältigung der traumatischen Erfahrungen auf sich selbst zurück geworfen.

Gerade noch Gedenkarbeit ermöglicht: Die Opferberatung Rheinland organisiert und unterstützt Gedenkveranstaltungen, um an die Erlebnisse der Betroffenen zu erinnern. **Aber wie lange noch?** Finanzielle Einschnitte könnten diese wichtigen Veranstaltungen unmöglich machen. Ein würdiges Gedenken, wie es viele Betroffene wünschen und zurecht fordern, würde dadurch noch stärker beschränkt.

Gerade noch Vernetzung ermöglicht: Betroffene rechter Gewalt können sich dank der Opferberatung Rheinland untereinander vernetzen und unterstützen. **Aber wie lange noch?** Ohne ausreichende Mittel könnte dieses Netzwerk zerbrechen. Betroffene müssten sich diese Netzwerke selbst erschließen oder würden in der Isolation verhaften.

Gerade noch fallbezogene Öffentlichkeitsarbeit geleistet: Die Opferberatung Rheinland bringt spezifische Fälle in die Öffentlichkeit und schärft das Bewusstsein für rechte Gewalt. **Aber wie lange noch?** Kürzungen könnten dazu führen, dass diese wichtigen Geschichten nicht mehr gehört werden.

Gerade noch Hilfe bei bürokratischen Hürden: Dank der Opferberatung Rheinland finden sich Betroffene im Bürokratiedschungel zurecht und erhalten notwendige finanzielle Hilfen. **Aber wie lange noch?** Ohne ausreichende Mittel könnte diese Hilfe nicht mehr angeboten werden. Betroffene könnten nicht mehr angemessen angebunden und versorgt werden.

Neues von IDA-NRW:

■ Save the date - Jubiläumstagung des IDA-NRW in Düsseldorf

Das Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusarbeit in Nordrhein-Westfalen (IDA-NRW) feiert am **10. Oktober 2024** sein 30-jähriges Bestehen.

Die Folgen der Pandemie sind noch nicht überwunden, die Krise durch Inflation und Klimawandel wird immer virulenter. Hinzu kommen die Auswirkungen des Angriffskriegs Russlands auf die Ukraine und des Angriffs der Hamas auf Israel, die Folgen für die Sicherheit und den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft haben. Ängste, Unsicherheiten und Verteilungskonflikte bieten ein Einfallstor für antidemokratische Positionen und rechts-extreme Ideologien und führen zu einer zunehmenden Abwertung und Ausgrenzung der sogenannten Migrationsanderen.

Unter dem Eindruck der Zuwanderung von Geflüchteten mehren sich rassistische und rechtsextreme Äußerungen, Diskurse und Taten, die oftmals auf Zweifel und Sorgen in der Bevölkerung zurückgeführt werden und sich auch in einer zunehmenden Distanz gegenüber demokratischen Grundwerten und dem politischen System äußern. Dies alles stellt die Gesellschaft und auch die Bildungsarbeit mit Kindern und Jugendlichen vor große Herausforderungen. Die Bildungsarbeit trägt erheblich dazu bei, antidemokratische Einstellungen zu reduzieren, für rassistische, antisemitische und rechtsextreme Einstellungen in der Gesellschaft zu sensibilisieren und aufzuklären. Wie kann eine Gesellschaft funktionieren und sich solidarisieren, wenn sie ihre demokratische Bildung, ihre Konfliktfähigkeit und die Fähigkeit, unterschiedliche Positionen und Interessen auszuhalten, zu vermitteln und in den Dialog zu treten in einer Zeit wie dieser mehr und mehr abschafft?

An dieser Stelle möchte IDA-NRW anlässlich seines 30-jährigen Bestehens das Zusammendenken von Rechtsextremismusbekämpfung, Rassismus- und Antisemitismuskritik sowie Migrationspädagogik, in Hinblick auf wei-

tergehende notwendige Perspektiven in den Fokus rücken, aber auch bezüglich möglicher Dilemmata, Spannungsfelder und Paradoxien problematisieren.

Die Fachtagung richtet sich an Fachkräfte und Multiplikator:innen der Jugend(sozial)arbeit, Vertreter:innen der politischen Bildung, Fachkräfte der rassismuskritischen Arbeit sowie Wissenschaftler:innen im Themenfeld, die seit Jahren mit IDA-NRW verbunden sind und sich sowohl für die Thematik der Tagung interessieren.

Wir freuen uns, dass wir María Do Mar Castro Varela (ASH) und Cihan Sinanoğlu (DEZIM) für die Keynote und anschließende Diskussion gewinnen konnten.

Fünf Workshops zu folgenden Themen sind geplant:

1. „Empowerment und rassismuskritische Sensibilisierung als Handlungsperspektiven vor dem Hintergrund rassistischer Diskurse“ (Projekt.kollektiv, IDA-NRW)
2. „Fake News in einer demokratiegefährdeten Gesellschaft: Herausforderungen und Handlungsperspektiven“ (Prof:in Dr. Derya Gür-Şeker, Hochschule Bonn-Rhein-Sieg)
3. „Antisemitismuskritische und rassismuskritische Bildungsarbeit zusammendenken“ (Saloua Mohammed & Simon Hölcher, IDA-NRW)
4. „Multiperspektivische Erinnerungsarbeit in der Migrationsgesellschaft“ (Birgül Demirtaş, IDA-NRW)
5. „Impulse zur rassismuskritischen und intersektionalen Praxisentwicklung für Organisationen“ (Aynur Tönjes & Ina Klären, IDA-NRW)

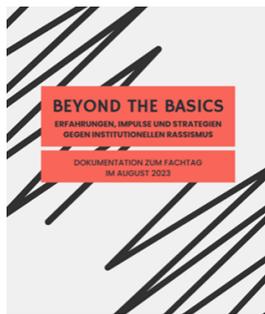
Nach einer Kaffeepause geht es weiter mit einem Panel-Talk zum Thema „Perspektiven rassismuskritischer Bildungsarbeit in einer demokratiegefährdeten Gesellschaft – Utopien für die Gesellschaft“ (Arbeitstitel). In die-

ser Runde gehen wir unter anderem der Frage nach: „Was brauchen wir in der politischen Jugend(bildungs)arbeit? Wie kann Jugend(bildungs)arbeit in Bezug auf Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus gestärkt werden?“

Bitte merken Sie sich den Termin (10. Oktober) schon einmal vor und geben Sie den Hinweis auf die Jubiläumstagung gerne auch an Interessierte in Ihrem Umfeld weiter.

Weiterführende Informationen finden sich in Kürze unter www.ida-nrw.de.

■ Veröffentlichung der Dokumentation zur Fachtagung „Beyond the Basics“



Der Fachbereich Re_Struct freut sich, die Veröffentlichung der Dokumentation der Fachtagung „Beyond the Basics – Erfahrungen, Impulse und Strategien gegen institutionellen Rassismus“ bekannt zu geben.

Die Fachtagung, die in Kooperation mit FUMA – Fachstelle für Gender und Diversität stattfand, widmete sich weiterführenden Bildungsformaten zur Rassismuskritik in Institutionen. Die Broschüre enthält aktuelle Diskussionen darüber, was Organisationen und Mitarbeiter:innen tun können, um Rassismus ernst zu nehmen und Diskriminierung zu reduzieren.

Die Dokumentation bietet unter anderem Artikel von Mitgestalter:innen der Fachtagung zu folgenden Themen:

- „Rassismuskritische Bewerbungsverfahren“ von Asmahan Gamgami
- „Mit dem Recht gegen Rassismus?“ von Malika Mansouri
- „Wie schafft man rassismuskritische Strukturen auf Nicht-Leitungsebene?“ von Dr. jur. Asmaa El Idrissi

- „Ein Rückblick für die Zukunft“ von Dahlia Al Nakeeb und Ina Klären, der Feedbacks und Analysen zur Gestaltung des Fachtages bereitstellt

Zusätzlich finden sich in der Broschüre Einblicke in die Workshops und die Keynote sowie Eindrücke, Bedarfe und Statements der Teilnehmenden.

Die vollständige Dokumentation kann als PDF auf unserer Website unter Re_Struct heruntergeladen werden.

Weiterführende Informationen finden sich unter <https://www.ida-nrw.de/aktuelles/detail/fachbereich-re-struct-veroeffentlicht-dokumentation-zur-fachtagung-beyond-the-basics>.

Neues von der OBR:

Monitoring-Bericht: Rechte Gewalt in NRW verbleibt auf hohem Niveau

Die spezialisierten Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer, antisemitischer und anderer Formen menschenfeindlicher Gewalt in NRW verzeichnen für 2023 ein anhaltend hohes Niveau rechter Angriffe. Die Opferberatung Rheinland (OBR) und die Betroffenenberatung BackUp registrierten 355 Fälle rechter Gewalt mit mindestens 452 direkt betroffenen Personen, darunter ein Tötungsdelikt. Die Dunkelziffer rechtmotivierter Gewalt schätzen die Fachberatungsstellen als sehr hoch ein.

Rassismus als häufigstes Tatmotiv

Im Jahr 2023 wurden 214 rassistisch motivierte Angriffe verzeichnet, ein Anstieg gegenüber 2022 (209 Angriffe). Über 60 Prozent der rechten Angriffe in NRW waren rassistisch motiviert. Die Taten betrafen unter anderem Menschen mit Flucht- und Migrationsbiografien, Muslim*innen, Schwarze Menschen sowie Sinti und Roma. Die registrierten Taten umfassten einfache (77) und gefährliche (54) Körperverletzungen, Brandstiftungen (5), Bedrohungs- und Nötigungsdelikte (73) sowie massive Sachbeschädigungen (4).

Anstieg antisemitischer Gewalttaten

Seit 2019 steigt die antisemitische Gewalt kontinuierlich an, 2023 erreichte sie eine drastische Zuspitzung. Die Angriffe umfassten massive Sachbeschädigung (1), Bedrohungen und Nötigungen (25) sowie einfache (6) und gefährliche Körperverletzungen (5).

Gewalt gegen Obdach- und Wohnungslose

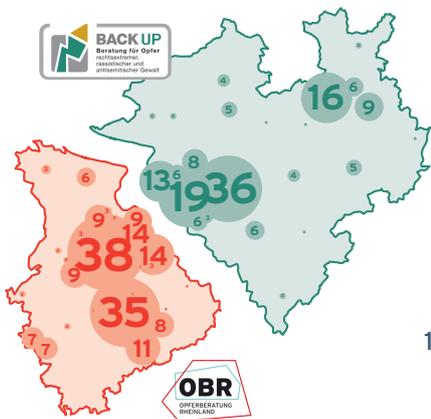
Im Jahr 2023 wurden zwölf sozialdarwinistische Gewalttaten gegen wohnungslose Menschen verifiziert, darunter ein Tötungsdelikt. In Horn-Bad Meinberg wurde ein 47-jähriger Mann von drei Jugendlichen angegriffen und mit mehreren Messerstichen getötet. Die Tat wurde gefilmt und über soziale Medien verbreitet.

Zunahme der Gewaltintensität

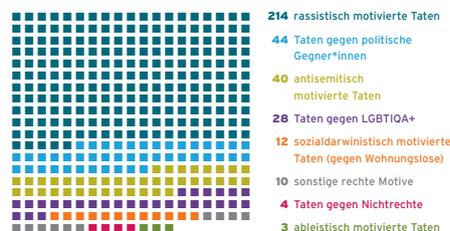
2023 stieg die Intensität der Gewalt merklich an. Neben dem registrierten Tötungsdelikt gab es einen deutlichen Anstieg gefährlicher Körperverletzungsdelikte, die mit insgesamt 88 Fällen einen Höchstwert seit Beginn des Monitorings erreichten. Knapp ein Viertel der Gesamttaten in NRW entfielen auf gefährliche Körperverletzungen.

Weiterführende Informationen finden sich unter <http://www.opferberatung-rheinland.de/> und www.opferberatung-rheinland.de/

Rechte Gewalt in NRW 2023
Jahresstatistik von OBR und BackUp



355 Angriffe
mit **452** direkt Betroffenen



- 1 Tötung
- 1 Schwere Körperverletzung/versuchte Tötung
- 192 Körperverletzungen
- 138 Nötigungen/Bedrohungen
- 5 Brandstiftungen
- 10 massive Sachbeschädigungen
- 8 sonstige Gewalttaten

Neues aus unserer Vielfalt-Mediathek:

Die Vielfalt-Mediathek versammelt Materialien, die im Rahmen der Bundesprogramme „Demokratie leben!“ und der entsprechenden Vorläuferprogramme entstanden sind.

Sie wird regelmäßig um neue Materialien erweitert. Alle Publikationen, darunter Bildungsmaterialien, Trainingsordner, Audios und Videos können über die Website www.vielfalt-mediathek.de recherchiert oder heruntergeladen werden. Der Newsletter der Vielfalt-Mediathek stellt in jeder Ausgabe einen Themenschwerpunkt und neue Materialien vor. Zur Anmeldung geht es [hier](#).



- **Deutsches Kinderhilfswerk e.V. (Hg): Partizipation als Privileg? Klassismus und Kinderarmut im Kontext von kinderrechtbasierter Demokratiebildung**

2023, 46 S., Fachinformation, Unterrichtsmaterial/Arbeitshilfe

Von Klassismus betroffene Kinder fühlen sich schon in jungen Jahren der Gesellschaft weniger zugehörig. Sie entwickeln Schamgefühle über ihre Lebensverhältnisse, in denen sie aufwachsen müssen. In den verschiedenen Beiträgen schlägt die Publikation eine Brücke zwischen einer theoretisch fundierten Einführung zum Thema Klassismus und konkreten Anwendungs-ideen für die pädagogische Praxis.

Zum Download geht es unter <https://tinyurl.com/3wtj75ys>.



- **Violence Prevention Network gGmbH e. V. (Hg.): Schriftenreihe Heft 14: Schuld, Scham, Schande. Zur Rolle von Emotionen in der Kommunikation islamistischer Social Media-Akteur*innen**

2023, 19 S., Fachinformation, Unterrichtsmaterial/Arbeitshilfe

Islamistische Online-Akteure setzen nicht nur auf vermeintliche Fakten, um ihre Weltsicht zu vermitteln, sondern sie nutzen auch emotionale Ansprachen für ihre Zwecke. Das Ziel der Publikation ist es, anhand einiger Beispielbeiträge, zu zeigen, wie sie negative Emotionen und emotionale Ansprachen in ihrer Kommunikation verwenden, um eine überzeugende Wirkung bei den Rezipient:innen hervorzurufen. Abschließend fasst das Heft Empfehlungen für den Umgang in der Beratungspraxis damit zusammen.

Zum Download geht es unter <https://tinyurl.com/mt5jx84t>.



■ **Zentrum Liberale Moderne (Hg.): Was Esoterik Macht. Narrativ-Check – Was hinter radikalisierenden Botschaften steckt**

2020, 53 S., Fachinformation

In unsicheren Zeiten bieten esoterische Angebote Halt und Orientierung. Die Esoterik kann aber auch als Scharnier zwischen spirituellem Mainstream und antidemokratischen Ideologien dienen. Die Handreichung beleuchtet, wo esoterisches Denken Anknüpfungspunkte für menschenfeindliche und demokratie-gefährdende Haltungen zulässt.

Zum Download geht es unter <https://tinyurl.com/4xkt8htp>.



- **ufuq.de – Pädagogik, politische Bildung und Prävention in der Migrationsgesellschaft (Hg.): JETZT MAL KONKRET! – Anregungen für den Unterricht. #6: „Solidarisch gegen Terror“.** Anregungen für den Unterricht zu Terror und Krieg in Israel und Palästina

2023, 7 S., Unterrichtsmaterial/Arbeitshilfe

Die Terroranschläge der Hamas und der darauffolgende Gaza-Krieg haben auch in Deutschland heftige Reaktionen und Emotionen hervorgerufen. Das betrifft auch das Miteinander in der Schule. Die Broschüre will Lehrkräfte darin unterstützen, trotz bestehender Spannungen im Klassenzimmer ein Klima zu schaffen, in dem konstruktive Gespräche stattfinden und die Chance besteht, das Miteinander zu stärken.

Zum Download geht es unter <https://tinyurl.com/yxrkvws5>.



- **ufuq.de – Pädagogik, politische Bildung und Prävention in der Migrationsgesellschaft; Niedersächsisches Landesinstitut für schulische Qualitätsentwicklung (NLQ) (Hg.): Global Denken, Vor Ort Lernen. Multiple Krisen als Herausforderung und Lerngelegenheit**

2023, 44 S., Fachinformation

Aktuelle Krisen und Kriege verunsichern, wecken Zukunftsängste und werfen Fragen auch zu eigenen Perspektiven und Lebensentwürfen auf. Sie lenken den Blick aber ebenso auf historische Verflechtungen und auf die Verantwortung, die Deutschland im globalen Kontext zukommt. Zugleich bieten Krisen und Konflikte auch Möglichkeiten der Veränderungen und des Lernens. Die Handreichung soll Lehrkräfte im Umgang mit den Auswirkungen der multiplen Krisen unterstützen und dazu anregen, diese Krisen als Lerngelegenheiten zu gestalten.

Zum Download geht es unter <https://tinyurl.com/yz9a5f6>.

Gefördert vom

im Rahmen des Bundesprogramms



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Demokratie **leben!**

Die Veröffentlichungen stellen keine Meinungsäußerung des BMFSFJ bzw. des BAFZA dar. Für inhaltliche Aussagen trägt der:die Autor:in bzw. tragen die Autor:innen die Verantwortung.

Neues aus den Mitgliedsverbänden:

■ djo-jugendpolitisches Forum „Jugend > Migration > Zukunft II“

Am 21. November 2024 geht das jugendpolitische Forum „Jugend > Migration > Zukunft“ der djo – Deutsche Jugend in Europa in die zweite Runde. Im bUm - Raum für solidarisches Miteinander in Berlin wird über zentrale Themen der postmigrantischen Gesellschaft diskutiert.

Alle jungen Menschen sollen ihr Recht auf gleichberechtigte und wirksame Teilhabe verwirklichen können. Dafür existieren seit Jahren zahlreiche Projekte und Mentoring-Programme, die darauf abzielen, Einzelpersonen bundesweit zu empowern, zu vernetzen und gezielt auf gesellschaftliche Entscheidungspositionen vorzubereiten. Gleichzeitig gibt es Bestrebungen, (post)migrantische Selbstorganisationen bei der Professionalisierung zu unterstützen und langfristig in Regelförderungssysteme zu integrieren.

Das Forum bietet die Gelegenheit, ausgehend von den Perspektiven junger Menschen, mit Vertretern der Zivilgesellschaft, Politik, Verwaltung, Stiftungen und Förderprogrammen über die Frage: Was sind Grenzen und Möglichkeiten von Bündnissen, um die Teilhabe junger Menschen zu stärken? Denn: Wie lange können wir es uns noch leisten, bei zunehmendem Rechtsruck nebeneinander zu agieren?

Weiterführende Informationen finden sich unter <https://djo.de/events/jugend-migration-zukunft-2/>.

■ Offener Brief der initiativeKJP

Die initiativeKJP wurde 2023 vor dem Hintergrund drohender Kürzungen des KJP ins Leben gerufen. Ihr Ziel ist es, dieses zentrale Förderinstrument der Kinder- und Jugendhilfe auf Bundesebene langfristig und nachhaltig zu stärken. In der initiativeKJP sind sieben bundeszentrale Verbände zusammengeschlossen, die über den KJP gefördert werden, u.a. der Deutsche Bundesjugendring, in

dem der Großteil der IDA Mitgliedsverbände aktiv sind.

Die initiativeKJP appelliert in einem **Offenen Brief** an Olaf Scholz, Robert Habeck und Christian Lindner, bei den Haushaltberatungen den Rotstift nicht im Jugendbereich anzusetzen. Die Spitzenpolitiker werden an ihre Versprechen und Zusagen erinnert, demokratische Strukturen zu stärken, generationengerecht zu handeln und die Infrastruktur der Kinder- und Jugendarbeit zu stabilisieren.

Die Organisationen erinnern daran, dass der Etat des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zum größten Teil aus gesetzlichen Leistungen besteht. Sparvorgaben führten im Haushalt des BMFSFJ zwangsläufig zu Einsparungen bei der Unterstützung zivilgesellschaftlicher Strukturen und essenziellen Programmtiteln wie dem Kinder- und Jugendplan. „An den Leistungen und Angeboten für junge Menschen zu kürzen – all das paradoxerweise unter Verweis auf eine generationengerechte Haushaltspolitik – wäre zutiefst kurzsichtig“, schreiben die Organisationen und warnen: Die gesellschaftlichen Folgekosten fehlender Investitionen in eine funktionsfähige Infrastruktur für junge Menschen wären deutlich höher als die jetzt erzielbaren Spareffekte.

Weiterführende Informationen finden sich unter https://www.dbjr.de/fileadmin/PDFtmp/240617-Offener_Brief-initiative-KJP-Haushalt_2025.pdf.

■ Deutsche Schreberjugend: Seminar zu Stammtischparolen

Am 15. August 2024 findet in Kassel das Seminar „Stammtischparoli“ der Deutschen Schreberjugend statt. Das Kommunikationstraining richtet sich an alle, die lernen möchten, wie man mit schwierigen Diskussionsthemen und -partnern umgeht. In Zusammenarbeit mit der Wanderjugend wird ein praxisorientiertes Programm angeboten.

Im ersten Teil des Seminars wird untersucht, wie Falschmeldungen, Halbwahrheiten und

Populismus im Alltag, sowohl online als auch offline, auftreten. Dabei werden die Motivationen und Strategien der Verbreiter dieser Inhalte sowie deren strafrechtliche Relevanz beleuchtet.

Anschließend geht es um Kommunikationstechniken und den Umgang mit Konflikten. Die Teilnehmenden analysieren ihre eigenen Kommunikations- und Konfliktmuster. In Rollenspielen wird geübt, wie Populisten und Hetzer selbstsicher in ihre Schranken gewiesen werden können – sei es auf der Straße, am Kaffeetisch oder in den sozialen Medien.

Weiterführende Informationen finden sich unter <https://deutsche-schreberjugend.de/veranstaltungen/seminar-stammtischparolikkassel/>.

■ Deutsche Sportjugend: Einblick in die Arbeit des Teams „(Anti-)Rassismus im organisierten Sport“

Das Projekt „(Anti-)Rassismus im organisierten Sport“ der Deutschen Sportjugend (dsj) und des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB) ist seit einem Jahr aktiv. Das Projektteam, koordiniert von Dîlan Akdoğan, Sunbal Mahmood und Hella Rabien, arbeitet daran, rassismuskritische Arbeit in Sportverbänden zu etablieren.

Ein zentrales Element des Projekts ist die Einführung von Antirassismus-Beauftragten in den Mitgliedsorganisationen. Landes- und Fachsportverbände konnten sich bewerben, um diese Positionen zu besetzen und rassismuskritische Arbeit voranzutreiben. Die Aufgaben der Beauftragten und weitere Details sind auf der Website der dsj nachzulesen.

Zur Vernetzung wurde das Netzwerk Antirassismus im organisierten Sport (NAniS) gegründet. Anfang Dezember fand ein Preparation-Talk zur Gründung des Netzwerks statt, bei dem Bedarfe und Best-Practice-Beispiele diskutiert wurden. Martin Hyun von „Hockey is Diversity“ und Verani Kartum vom SC Aleviten Paderborn stellten ihre Arbeit vor. Auch das Forschungsprojekt „Rassismus und Anti-

rassismus im vereinsorganisierten Sport“ der Uni Wuppertal war beteiligt.

Aktuell läuft der Vereinswettbewerb „(M)ein Verein gegen Rassismus“. Sportvereine konnten sich mit ihrem Einsatz gegen Rassismus bewerben. Bekannte Sportler:innen wie Matyas Szabo und Deborah Levi unterstützten den Wettbewerb. Die Siegerinnen werden bald bekanntgegeben und auf den Social Media Kanälen der dsj vorgestellt.

Parallel zu diesen Aktionen plant das Projektteam Workshops und Bildungsangebote zu rassismussensiblen Miteinander und Handlungsempfehlungen für den Umgang mit rassistischen Vorfällen im Sport.

Weiterführende Informationen finden sich unter <https://www.dsj.de/themen/demokratie-staerkung-antidiskriminierung/anti-rassismus-im-sport>.

■ DLRG-Jugend: Position des Bundesvorstandes zu Feinden der Demokratie

Der Bundesvorstand der DLRG-Jugend bekennt sich zu den demokratischen Werten Humanität, Solidarität und Respekt. Angesichts der aktuellen politischen Lage warnt der Vorstand vor Personen und Gruppen, die diese Grundsätze ablehnen und die demokratische Ordnung bedrohen. Besonders hervorgehoben wird die Alternative für Deutschland (AfD), die sich radikalisiert hat und inzwischen als rechtsextrem eingestuft wird. Die Position des Bundesvorstandes als Teil der Brandmauer gegen Rechts ist auf der Website nachzulesen.

Die DLRG-Jugend begrüßt zudem die Verabschiedung der Position „AfD-Parteiverbotsverfahren jetzt!“ des DBJR, welche die Einigkeit der Jugendverbände im Kampf gegen das rechte Spektrum unterstreicht.

Weiterführende Informationen finden sich unter <https://dlrg-jugend.de/themen/kinder-jugendpolitik/vorstandsposition-zur-demokratiefeindlichkeit/>.

■ 39. Deutscher Landjugendtag: Mit gesetzten Segeln gegen Rechtsextremismus

Der 39. Deutsche Landjugendtag fand dieses Jahr in Jübek, Schleswig-Holstein, statt. Unter dem Motto „Mit gesetzten Segeln gegen Rechtsextremismus“ kamen rund eintausend Landjugendliche aus ganz Deutschland zusammen. Der Bund Deutscher Landjugend (BDL) hatte zur Veranstaltung geladen, um ein starkes Zeichen für Toleranz und Vielfalt zu setzen.

Die Bundesvorsitzenden Lars Ruschmeyer und Theresa Schmidt eröffneten die Veranstaltung mit klaren Worten: „Rechtsextremismus ist eine Gefahr für unsere Demokratie. Unser Grundgesetz stellt klar: Die Würde des Menschen ist unantastbar.“

In einer Talkrunde mit Claudia Müller, Parlamentarische Staatssekretärin im BMEL, Joachim Rukwied, Präsident des DBV, und Petra Bentkämper, Präsidentin des dlj, diskutierten die BDL-Vorsitzenden über die Notwendigkeit einer guten Infrastruktur auf dem Land. Theresa Schmidt forderte: „Wir wollen auf dem Land leben und arbeiten. Dafür braucht es die richtigen Rahmenbedingungen.“

Weiterführende Informationen finden sich unter <https://www.landjugend.de/presse/2024/mit-gesetzten-segeln-gegen-rechtsextremismus>.

■ THW Jugend: Mustersatzung und Zusatz zur Extremismusprävention

Die THW-Jugend steht für Toleranz, Hilfsbereitschaft und Weltoffenheit. Um diese Werte stärker in der Satzung zu verankern und entschlossener gegen ausgrenzendes Verhalten vorgehen zu können, hat der 39. Bundesjugendausschuss eine Satzungsänderung beschlossen:

„2.13 Die THW-Jugend fördert die vorurteilsfreie Begegnung aller Menschen, unabhängig ihrer Herkunft, Nationalität, ethnischen Zugehörigkeit, Religion, Weltanschauung, ihres Geschlechts, ihrer sexuellen Orientierung oder

Behinderung. Die THW-Jugend wendet sich explizit gegen Rassismus und Diskriminierung, insbesondere gegen antidemokratische, antiziganistische und antisemitische Tendenzen. Die THW-Jugend tritt durch angemessene Formen der Kinder- und Jugendarbeit und durch präventive Arbeit jeglicher Art von Gewalt, Diskriminierung, Benachteiligung und Manipulation entgegen, unabhängig davon, ob sie körperlicher, seelischer oder sexueller Art ist.“

Das Gremium befürwortete zudem die Anpassung der Mustersatzung für Ortsjugenden und die freiwillige Umsetzung der Satzungsanpassung auf allen Ebenen.

Weiterführende Informationen finden sich unter <https://thw-jugend.de/ueber-uns-2/ueber-uns/satzung>.

■ BDKJ: Beschlüsse der Hauptversammlung 2024

Auf der Hauptversammlung des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) vom 2. - 5. Mai wurden diverse Themen von kirchlicher und gesellschaftlicher Relevanz beraten und demokratisch Beschlüsse gefasst. Darunter auch mehrere IDA-Themen, wie eine Positionierung gegen Rechtsextremismus, zum rassismuskritischen Engagement der Jugendverbände bei der Aktion Dreikönigssingen, und eine Demokratieoffensive.

Sternsingen: Jugendverbandliches Engagement für eine gerechtere Welt

Der Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) hat sich bei der Hauptversammlung intensiv mit der Rolle der Jugendverbände beim Sternsingen beschäftigt und bestärkt seine Bereitschaft, die Aktion Dreikönigssingen lebendig mitzugestalten. „Wir setzen uns im BDKJ entschieden gegen jede Form von Rassismus, Misogynie, Hass und Rechtsextremismus ein. Dies soll sich auch beim Sternsingen zeigen. Daher wollen wir die Akteur:innen vor Ort dabei unterstützen, wie sie mit Politiker:innen aus rechtsextremen und rechtspo-

pulistischen Parteien umgehen können" erklärt Mitantragstellerin Helena Schmidt, BDKJ-Diözesansekretärin im Erzbistum Paderborn. Der BDKJ spricht sich dafür aus, keine AfD-Politiker:innen im Rahmen der Aktion zu besuchen, auch dann nicht, wenn sie ein politisches Mandat innehaben. Neben der gelebten Solidarität betont der BDKJ die Bedeutung der entwicklungspolitischen Bildung. Die Auseinandersetzung mit den Lebensrealitäten von Kindern weltweit ermöglicht es den jungen Menschen beim Sternsingen, auch ihren eigenen Platz in der Welt zu reflektieren und sich bewusst zu werden, welche Privilegien sie genießen und wie sie sich für eine bessere Welt einsetzen können.

„In unserer Bildungsarbeit wollen wir uns auch mit postkolonialen Zusammenhängen auseinandersetzen und die Verantwortung dafür übernehmen, Verstrickungen in koloniale Kontinuitäten aufzudecken und abzubauen“, betont Stefan Ottersbach. In diesem Kontext setzt sich der BDKJ auch entschieden gegen das Blackfacing beim Sternsingen ein und unterstreicht die Relevanz der Bildungs- und Kommunikationsarbeit mit dem Ziel, dass zukünftig durch Sensibilisierungsarbeit alle Sternsinger:innen-Gruppen das schwarze Schminken beim Sternsingen unterlassen. Alle Gruppen sollen mit Informationsmaterial ausgestattet werden, das die Kinder und Jugendlichen den Menschen an der Haustür überreichen können, um zu erklären, warum das Schminken keinen Teil der Aktion Dreikönigssingen mehr darstellt.

BDKJ zeigt klare Kante gegen die extreme Rechte und rechten Populismus

Die Hauptversammlung hat einen Beschluss verabschiedet, der sich konsequent gegen extrem rechte und rechtspopulistische Positionen und Handlungen stellt. „Wir verstehen uns als antifaschistisch: Wir stehen für eine demokratische, gleichberechtigte und solidarische Gesellschaft und Kirche ein und wenden uns gegen jede Art der Ausgrenzung und Unterdrückung“, betonte BDKJ-Bundesvor-

sitzende Lena Bloemacher. „Mit dem Beschluss bekräftigen wir unser Engagement gegen Diskriminierung und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Wir werden weiter laut sein!“ Der Beschluss fordert die Politik auf, extrem rechte Parteien und Stiftungen nicht mit staatlichen Mitteln zu unterstützen und das im Grundgesetz verankerte Prinzip der wehrhaften Demokratie zu nutzen, um die Demokratie gegen ihre Feind*innen zu schützen. Vielmehr braucht es eine Förderung von Demokratieprojekten. Auch müssen rechte Übergriffe und Gewalttaten konsequent verfolgt und struktureller Rassismus umfassend aufgearbeitet werden. „Kinder und Jugendliche sind die Zukunft unserer Gesellschaft und Kirche. In der Jugendverbandsarbeit leben wir Demokratie und setzen uns für unsere Mitmenschen ein. So lernen Kinder und Jugendliche bei uns, sich rechtspopulistischen und extrem rechten Positionen entgegenzustellen“, kommentierte Antragssteller:in Lisa Holzer, geistliche Bundesleitung der Katholischen jungen Gemeinde (KjG). Der Beschluss umfasst auch konkrete Maßnahmen für die Arbeit des BDKJ, darunter die öffentliche Positionierung gegen rechte Vorfälle und die Gestaltung von Bildungsangeboten zur praktischen Umsetzung der antifaschistischen Grundhaltung. Zudem wird die Unvereinbarkeit einer Mitgliedschaft im katholischen Jugendverband und einer Mitgliedschaft bei der AfD sowie einer Stimme für die AfD bei Wahlen erneut verdeutlicht. Von der Kirche erwarten die Jugendverbänder*innen, weiter deutlich und hörbar Stellung zu beziehen, Verbindungen zwischen fundamentalistischen Christ:innen und der extremen Rechten zu benennen und zu bekämpfen und sich deutlich zu distanzieren von Demonstrationen und Veranstaltungen, bei denen

Demokratieoffensive der katholischen Jugend

Ein Beschluss der Hauptversammlung sieht eine weitreichende Demokratieoffensive vor. Angesichts der alarmierenden Entwicklung

hin zu rechtsextremen Einstellungen und dem Erstarren demokratiefeindlicher Kräfte hat der BDkJ entschieden, in der kommenden Zeit mit Blick auf die Bundestagswahl 2025 demokratiebildende und -stärkende Aktivitäten noch stärker in den Mittelpunkt zu rücken.

„Als katholische Jugendverbände sind wir gefragt, aus unserem christlichen Glauben heraus unser Engagement für die Demokratie zu intensivieren und Handlungssicherheit zu vermitteln“, betont BDkJ-Bundesvorsitzende Lena Bloemacher. „Es ist unsere Verantwortung, junge Menschen darin zu unterstützen, sich aktiv für eine vielfältige und lebenswerte Gesellschaft einzusetzen. Von den Verantwortlichen in der Politik fordern wir dafür adäquate Rahmenbedingungen ein!“ Der Beschluss der BDkJ-Hauptversammlung beinhaltet die Verankerung des Schwerpunkts Demokratiestärkung als Querschnittsthema des BDkJ für die nächsten zwei Jahre sowie die Entwicklung eines Aktionsrahmens zur Bundestagswahl 2025. Dieser Aktionsrahmen soll es den Jugend- und Diözesanverbänden ermöglichen, ihre Aktivitäten vor Ort zu bündeln und in eine bundesweite Rahmenkampa-

gne einzubetten. Dabei soll die Förderung von Selbstwirksamkeit und die Mitgestaltung einer inklusiven Gesellschaft im Vordergrund stehen.

Zu den konkreten Maßnahmen gehören unter anderem eine gemeinsame Positionierung für eine jugendgerechte Gesellschaftsvision und die Durchführung von bundesweiten Demokratie-Wochen. Ziel ist, alle Handlungsfelder fokussiert aus demokratischer Perspektive zu beleuchten, das umfassende Engagement der katholischen Jugendverbände als Werkstätten der Demokratie sichtbar zu machen und einen aktiven Beitrag zu einer starken, lebendigen Demokratie zu leisten. Der BDkJ ruft alle Mitglieder und Interessierten dazu auf, gemeinsam für die Demokratie in unserem Land einzustehen. „Durch eine breite gesellschaftliche Mobilisierung können wir gemeinsam eine starke und wehrhafte Demokratie leben und eine solidarische Gesellschaftsvision vorantreiben“, betont Lena Bloemacher.

Weiterführende Informationen finden sich unter <https://www.bdkj.de/hauptversammlung2024>.

Stellungnahmen, Pressemitteilungen, News

■ Vereine fordern Aktualisierung des Gemeinnützigkeitsrechts für die Absicherung ihres Engagements gegen Rechts

Über 100 Organisationen aus dem Bereich der Demokratieförderung und des zivilgesellschaftlichen Engagements haben sich am 24. Juni 2024 an Bundeskanzler Olaf Scholz gewandt und die im Koalitionsvertrag vereinbarte Modernisierung des Gemeinnützigkeitsrechts angemahnt. Die Vereine benennen das aktuell diskutierte Jahressteuergesetz II als „die letzte Chance, vor der nächsten Bundestagswahl die nötigen gesetzlichen Änderungen vorzunehmen. Und nicht nur das: Wir sehen es als die letzte Chance für Jahre, Änderungen wie die Einführung neuer gemeinnütziger Zwecke vorzunehmen. Kommende Regierungs-Koalitionen werden argumentieren, das Thema sei in der jetzigen Ampelkoalition bereits bearbeitet worden.“

Auch wenn die meisten der Vereine und Stiftungen, die den Brief unterzeichnet haben, weiterhin als gemeinnützig anerkannt sind, fragen sie sich jährlich und mit jeder Steuererklärung, ob das so bleiben wird. Andere Unterzeichner:innen hatten Pech: Ihnen wurde die Gemeinnützigkeit bereits aberkannt. Viele der Vereine fragen sich, ob ihr jeweiliger gemeinnütziger Zweck tatsächlich ihre Arbeit und beispielsweise auch ihre aktuellen Aktivitäten in der Auseinandersetzung mit demokratiefeindlichen Positionen und Parteien abdeckt. Viele Vereine fühlen sich in der aktuellen politischen und gesellschaftlichen Situation verantwortlich, auch über den Kern ihres Vereinszwecks hinausgehende Erklärungen beispielsweise zu rassistischen oder antisemitischen Vorfällen, zu aktuellen Wahlergebnissen usw. abzugeben und begeben sich dadurch möglicherweise in das Risiko ihre Gemeinnützigkeit zu riskieren.

Die unterzeichnenden Vereine – viele aus Ostdeutschland – wünschen sich für ihre Arbeit jetzt Rechtssicherheit und Klarheit. Sie wollen nicht vom Wohlwollen einzelner Finanzbeamt:innen abhängen, sondern brauchen eine

verlässliche Rechtsgrundlage, mit der Finanzämter auch Anzeigen gegen ihre Arbeit leicht entkräften können. Sie appellieren an den Bundeskanzler: „Bitte sorgen Sie für klare, gute Regeln und Verlässlichkeit! Tragen Sie dazu bei, dass wir und tausende anderer Vereine unserer Arbeit auf sicherer Basis nachgehen können und dass Deutschland ein Vorbild für einen liberalen Umgang mit zivilgesellschaftlichen Organisationen bleibt.“

Der Brief findet sich unter <https://tinyurl.com/vkaes8sa>. Er ergänzt Vorstöße mehrerer bundesweiter Dachverbände. Bereits am 30.04.2024 hatten acht große Dachverbände, darunter der Deutsch Olympische Sportbund und der Bundesverband Deutscher Stiftungen einen Brief an die Herren Scholz, Habeck und Lindner geschrieben (vgl. <https://tinyurl.com/2a5kww6p>). Am 29.05.2024 hatten dann acht große deutsche Stiftungen, darunter die Robert Bosch Stiftung und die Bertelsmann Stiftung, einen Offenen Brief publiziert (vgl. <https://tinyurl.com/4x9m4t6k>).

■ Zivilgesellschaftliches Lagebild anti-muslimischer Rassismus 2023

Die von CLAIM im Rahmen der Aktionswochen gegen antimuslimischen Rassismus (17. Juni – 1. Juli) veröffentlichte Jahresbilanz für 2023 ist alarmierend: Täglich finden im Schnitt mehr als fünf antimuslimische Übergriffe in Deutschland statt – darunter Diskriminierungen, verbale und körperliche Angriffe oder Sachbeschädigungen (2022: 2). Im Jahr 2023 wurden insgesamt 1.926 antimuslimische Vorfälle gemeldet und verifiziert, die allein den Offline-Bereich betreffen (2022: 898). Das ist ein Anstieg von rund 114 % im Vergleich zum Vorjahr – eine höchst alarmierende Entwicklung. Menschen werden zur Zielscheibe, weil sie muslimisch sind, oder weil man annimmt, sie seien muslimisch – aufgrund der Sprache, des Namens, der tatsächlichen oder zugeschriebenen Herkunft oder des Aussehens.

„Der massive Anstieg antimuslimischer Übergriffe und Diskriminierungen im Jahr 2023 ist mehr als besorgniserregend. Gleichzeitig wird diese Bedrohungslage bisher kaum wahrgenommen. Für Muslim*innen und Menschen, die als solche gelesen werden, sind die Straße, der Bus oder die Moschee längst keine sicheren Orte mehr. Antimuslimischer Rassismus war noch nie so salonfähig wie heute und er kommt aus der Mitte der Gesellschaft. Die Folgen für Betroffene sind oft gravierend und viele Menschen haben das Gefühl, sie sind der Solidarität nicht würdig,“ sagt Rima Hanano, Leitung von CLAIM. „Dieser Rassismus verbirgt sich häufig hinter Scheindebatten und wird so weitergetragen, normalisiert und reproduziert. Diskurse im politischen und medialen Raum zu Migration, Integration oder Sicherheit mit rassistischer Schlagseite schaffen ein Klima, das antimuslimischen Hass, Diskriminierungen und Gewalt schürt und legitimiert.“

Insbesondere nach dem terroristischen Angriff der Hamas am 7. Oktober 2023 nahmen neben antisemitischen Angriffen auch Angriffe auf Muslim:innen, muslimisch gelesene Personen und muslimisch markierte Orte bundesweit drastisch zu. Besonders alarmierend ist, dass erwachsene Täter*innen wiederholt Kinder und Frauen verbal als auch physisch attackiert haben. Die Ergebnisse des Lagebildes decken sich mit dem enormen Anstieg islamfeindlicher Straftaten im vergangenen Jahr als auch mit repräsentativen Studien zu antimuslimischen Einstellungen und Diskriminierungserfahrungen: Allein 1.464 islamfeindliche Straftaten wurden 2023 offiziell erfasst (KPM-D-PMK Statistik, 2024, Fallzahlen 2023). Das ist ein Anstieg um 140 % im Vergleich zum Vorjahr, wobei von einem großen Dunkelfeld auszugehen ist. Etwa jede*r Zweite in Deutschland stimmt muslimfeindlichen Aussagen zu (siehe Muslimfeindlichkeit – Eine deutsche Bilanz, 2023). Antimuslimische Ressentiments finden sich demnach in allen Bevölkerungsgruppen und bilden den Nährbo-

den und ein Einfallstor für rechte Ideologien, welche wiederum auch den Antisemitismus, Rassismus gegen Schwarze Menschen und gegen Sinti:zze und Rom:nja erstarben lassen sowie zur Diskriminierung von LGBTQI*-Personen, von Armut betroffenen und behinderten Menschen oder Frauen beitragen.

Zentrale Handlungsempfehlungen zur Bekämpfung von antimuslimischem Rassismus: CLAIM hat in Ergänzung zum Bericht des Unabhängigen Expertenkreises Muslimfeindlichkeit 12 Handlungsempfehlungen formuliert, um antimuslimischem Rassismus entgegenzuwirken und Betroffene zu stärken. Diese sind unter anderem:

1. die Gewährleistung des Schutzes rassistisch markierter Menschen – so auch Muslim:innen – im gesamten öffentlichen Raum durch den Staat;
2. der Ausbau und eine dauerhafte Finanzierung der Beratungs- und Unterstützungsstrukturen sowie der Ausbau bundesweiter Monitoring-Strukturen für antimuslimischen Rassismus – offline und online;
3. eine konsequente Erfassung und Ahndung antimuslimischer Straftaten durch Strafverfolgungsbehörden sowie eine Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft;
4. die Anerkennung von antimuslimischem Rassismus und die Etablierung einer einheitlichen Arbeitsdefinition zu antimuslimischem Rassismus als Basis für behördliches Handeln.

Die 12 Handlungsempfehlungen sind der Publikation „Zivilgesellschaftliches Lagebild antimuslimischer Rassismus“ zu entnehmen. Das Lagebild ist unter <https://tinyurl.com/m-r38ff9c> abrufbar oder auf Anfrage erhältlich. Herausgeber des Lagebildes ist CLAIM in Kooperation mit ZEOK im Rahmen des Kompetenznetzwerks Islam- und Muslimfeindlichkeit. Gefördert wird das Lagebild vom BMFSFJ im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“.

■ Förderprogramm „Demokratie leben!“ in 2025

Das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) startet 2025 in die dritte Förderperiode bis 2032. Ziel ist es, Demokratie zu fördern, Vielfalt zu gestalten und Extremismus vorzubeugen. Das Programm unterstützt zivilgesellschaftliches Engagement auf allen Ebenen, einschließlich der Entwicklung einer bundeszentralen Infrastruktur, Partnerschaften für Demokratie und Innovationsprojekte.

Weiterführende Informationen finden sich unter <https://jugendhilfeportal.de//artikel/foerderprogramm-demokratie-leben-in-2025>.

■ „Demokratie braucht Politische Bildung, keine Neutralität!“

Die Deutsche Vereinigung für Politische Bildung (DeGeDe) hat ein Positionspapier veröffentlicht, das fordert, politische Neutralität in Bildungszusammenhängen neu zu denken. Schulen sind demokratischen Prinzipien verpflichtet und dürfen nicht politisch neutral sein. Autoritäres und demokratiefeindliches Denken nimmt zu, und Schulen müssen demokratische Auseinandersetzung fördern. Politische Bildung ist entscheidend für die Stärkung der Demokratie und die Umsetzung dieses Bildungsauftrags. Ein allgemeines politisches Neutralitätsgebot ist weder aus Verfassungen und Schulgesetzen noch aus dem Beamtenrecht abzuleiten.

Weiterführende Informationen finden sich unter <https://jugendhilfeportal.de/artikel/demokratie-braucht-politische-bildung-keine-neutralitaet>.

■ Zivilgesellschaft ist gemeinnützig - Gemeinnützigkeit erhalten

Die Initiative „Zivilgesellschaft ist gemeinnützig“ setzt sich für die rechtliche Sicherheit gemeinnütziger Organisationen ein. Ziel ist die Anpassung des Gemeinnützigkeitsrechts, um

politische Betätigung zu ermöglichen und zivilgesellschaftliches Engagement zu stärken. Die Allianz fordert unter anderem die Erweiterung des Zweckkatalogs und klare Regelungen zur politischen Bildung.

Weiterführende Informationen finden sich unter <https://www.zivilgesellschaft-ist-gemeinnuetzig.de/appell/>.

■ Bundes Roma Kongress in Berlin

Der Bundes Roma Kongress fand vom 17. bis 19. Mai 2024 in Berlin statt. Roma-Organisationen aus ganz Deutschland trafen sich, um die aktuelle Lage der Roma-Community zu diskutieren und Veränderungen anzustoßen. Es gab Podiumsdiskussionen zu Themen wie Bleiberecht, Partizipation und Diskriminierung. Hervorgehoben wurden die Notwendigkeit politischer Lobbyarbeit und struktureller Förderung der Roma-Organisationen. Musik- und Kulturbeiträge rundeten das Programm ab. Der Kongress förderte die Vernetzung und Zusammenarbeit der teilnehmenden Organisationen.

Weiterführende Informationen finden sich unter <https://ran.eu.com/der-bundes-roma-kongress-in-berlin-2024-erste-eindrucke/>.

■ Kinderrechte sind universell und gelten für alle – auch für junge Geflüchtete!

Am 13. Mai 2024 betont der Bundesfachverband unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (BumF), dass die Rechte junger Geflüchteter in Deutschland oft beschnitten werden. Empfehlungen verschiedener Bundesländer führen zu unzulässigen Qualitätsabweichungen. Der BumF fordert eine Rückkehr zu rechtsstaatlichen Prinzipien in der Kinder- und Jugendhilfe und eine rechtebasierte Ausgestaltung für alle jungen Menschen.

Weiterführende Informationen finden sich unter <https://b-umf.de/p/zwischenruf-vom-13-mai-2024-kinderrechte-sind-universell-und-gelten-fuer-alle-auch-fuer-junge-gefluechtete/>.

■ Mythos Neutralitätsgebot - Handreichung des AdB und des DBJR

Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB) und der Deutsche Bundesjugendring (DBJR) haben eine Handreichung veröffentlicht, die das (vermeintliche) Neutralitätsgebot für Träger der Kinder- und Jugendarbeit thematisiert. Sie stellt klar, dass das Neutralitätsgebot für staatliche Organe gilt, jedoch nicht für freie Träger. Jugendverbände und Jugendringe genießen besondere Autonomie, wie im §12 Sozialgesetzbuch festgelegt. Auch bei Projektförderungen darf die parteipolitische Neutralität die Vereinsautonomie nicht unangemessen beeinträchtigen. Einzelpersonen haben keinen Anspruch auf Teilnahme an Veranstaltungen.

Weiterführende Informationen finden sich unter <https://tinyurl.com/by8esm9f>.

■ Toolkit Education and Encounter after October 7

ConAct - Koordinierungszentrum Deutsch-Israelischer Jugendaustausch, die Israel Youth Exchange Authority und der Council of Youth Movements in Israel haben ein englischsprachiges Toolkit für deutsch-israelische Jugendaustauschprogramme veröffentlicht. Das Toolkit beleuchtet die Auswirkungen des Angriffs vom 7. Oktober 2023 auf Israel und sensibilisiert für den zunehmenden Antisemitismus weltweit. Es unterstreicht die Bedeutung des Gedenkens an die Betroffenen und fördert die Stärkung der Verbindungen zwischen jungen Menschen aus Deutschland und Israel.

Weiterführende Informationen finden sich unter <https://www.conact-org.de/toolkit-october-7>.

■ Podcast „Rechtsextreme & gewaltbereite Männlichkeiten“

Der IKG-Podcast "Konfliktgespräche" startet mit einer Folge über rechtsextreme und gewaltbereite Männlichkeiten. Denis van de Wetering (SO.CON Institut, Hochschule Niederrhein) spricht mit dem Sozialwissenschaftler

Robert Claus über die Bedrohung, die von diesen Gruppen für eine pluralistische und offene demokratische Gesellschaft ausgeht.

Der Podcast kann auf allen gängigen Plattformen gestreamt werden.

■ Verkehrte Weltkarte WELT.SICHTEN

Das Welthaus Diözese Graz-Seckau hat eine verkehrte Weltkarte veröffentlicht, die neue Perspektiven auf globale Themen bietet. Die Karte ist gesüdet, flächentreu (Petersprojektion) und ozeanienzentriert, was zu einer veränderten Sicht auf die Welt führt. Sie eignet sich besonders für die Bildungsarbeit, da sie Fragen nach gängigen Weltbildern aufwirft.

Zusätzlich bietet Welthaus digitale Themenkarten an, die unter anderem politische Rechte, Hunger und CO2-Ausstoß visualisieren.

Weiterführende Informationen finden sich unter <https://tinyurl.com/mr3wbath>.

■ Arm trotz Vollzeitjob - Rassismus verstärkt Armutsgefährdung

Der neue Kurzbericht des Nationalen Diskriminierungs- und Rassismusmonitors (NaDiRa) analysiert die Armutsgefährdung von Schwarzen, asiatischen und muslimischen Menschen in Deutschland. Die Studie zeigt, dass diese Gruppen trotz hoher Bildung und Vollzeitarbeit ein höheres Armutsrisiko haben. So sind 22% der Schwarzen Frauen und 21% der muslimischen Männer trotz Vollzeitjob armutsgefährdet. Die Ergebnisse unterstreichen die Notwendigkeit, rassistische Strukturen in verschiedenen Lebensbereichen abzubauen.

Weiterführende Informationen finden sich unter <https://tinyurl.com/27ar8fpd>.

■ Neues Infoheft: „Engagier Dich! Tipps und Empfehlungen zum Umgang mit der extrem rechten AfD“

Der Bundesverband Mobile Beratung hat ein neues Infoheft veröffentlicht, das Handlungsempfehlungen für den Umgang mit der AfD

bietet. Das Heft beantwortet Fragen zur politischen Beteiligung, Vernetzung und zum Umgang mit AfD-Veranstaltungen. Es zeigt auch die möglichen politischen Folgen eines Wahlerfolgs der AfD in Bereichen wie Sozial-, Familien- und Migrationspolitik. Basierend auf der Expertise von rund 50 Mobilien Beratungsteams gibt das Heft Orientierung für Engagierte und bietet neue Impulse für Aktive.

Weiterführende Informationen finden sich unter <https://bundesverband-mobile-beratung.de/publikationen/engagier-dich-tipps-zum-umgang-mit-der-extrem-rechten-afd/>.

■ Bildungsmaterialien von RomaniPhen

RomaniPhen bietet eine Reihe von Bildungsmaterialien an, die sich mit Themen rund um die Rom:nja und Sinti:zze auseinandersetzen. Dazu gehören Handreichungen zu Aktivismus als Empowermentstrategie, die kritische Auseinandersetzung mit rassistischen Fremdbezeichnungen sowie Begleitmaterialien zu relevanten Kurz- und Dokumentarfilmen. Diese Materialien zielen darauf ab, Bildungsarbeit zu unterstützen und das Bewusstsein für die Herausforderungen und die Geschichte der Rom:nja und Sinti:zze zu schärfen.

Weiterführende Informationen finden sich unter <https://www.romnja-power.de/bildungsmaterialien-2/>.

■ Bildungsmodule: Perspektive(n) Afrika(s)

Die Exile Kulturkoordination e.V. hat neue Unterrichtsmodule entwickelt, die sich auf Afrika südlich der Sahara konzentrieren. Diese Module orientieren sich an den fünf Dimensionen der Ziele für Nachhaltige Entwicklung: People, Planet, Prosperity, Peace und Partnerships. Neben den SDGs thematisieren sie die Folgen des Kolonialismus und bieten Einblicke in die historische und aktuelle Entwicklung der Region.

Weiterführende Informationen finden sich unter <https://exile-ev.de/projekte/perspektive-afrika/#bildungsmodule>.

■ Podcast „Dimensionen des aktuellen Rechtsextremismus“

Im Rahmen der Düsseldorfer Tagung „Von Rechten nichts Neues? Rechtsextremismus anno 2024“ wurde ein Podcast mit 11 Folgen erstellt. Sechs Journalistinnen und Journalisten sprechen mit über 25 Expertinnen und Experten über verschiedene Aspekte des aktuellen Rechtsextremismus.

Weiterführende Informationen finden sich unter www.bpb.de/rex24-podcast.

■ Umgang mit Falschinformationen: Neue deutsche Medienmacher:innen

Die Neuen deutschen Medienmacher:innen bieten umfassende Informationen und Tools zum Umgang mit Falschinformationen. Ihre Ressourcen helfen dabei, Fake News zu erkennen und zu bekämpfen, indem sie praxisorientierte Tipps und Hintergrundwissen bereitstellen. Das Angebot richtet sich an Medienschaffende und Interessierte, die ihre Kompetenzen im Umgang mit Falschinformationen stärken möchten.

Weiterführende Informationen finden sich unter <https://neuemedienmacher.de/wissen-tools/falschinformationen/>.

■ Einfluss von Abtreibungsgegner auf Politik und Gesetze

Die Mediathek "Antifeminismus begegnen" bietet umfassende Informationen über den Einfluss von Abtreibungsgegner auf Politik, Gesetze und ungewollt Schwangere. Die Plattform beleuchtet, wie diese Gruppen ihre Ziele durchsetzen und welche Auswirkungen dies auf betroffene Frauen hat.

Weiterführende Informationen finden sich unter <https://tinyurl.com/4de3u7hs>.

■ E-Paper Antifeministische Narrative - Ein Diskursatlas

Die Plattform "Antifeminismus begegnen" bietet detaillierte Analysen über antifeministische Narrative. Sie beleuchtet, wie diese Er-

zählungen in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen genutzt werden, um feministische Bewegungen zu diskreditieren und rückwärtsgewandte Geschlechterrollen zu fördern. Der Schwerpunkt liegt auf der Identifizierung und Entlarvung dieser Narrativen, um deren negativen Einfluss zu mindern.

Weiterführende Informationen finden sich unter <https://antifeminismus-begegnen.de/de/2024/04/24/antifeministische-narrative>.

■ Bund-Länder-Kommission zur Bekämpfung des Antiziganismus

Der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma begrüßt die Einrichtung der Bund-Länder-Kommission zur Bekämpfung des Antiziganismus. Diese Kommission, unterstützt von der Unabhängigen Kommission Antiziganismus und dem Bundesbeauftragten Dr. Mehmet Daimagüler, zielt darauf ab, das Bewusstsein für die Gefahren des Antiziganismus zu stärken und die gesellschaftliche Teilhabe der Minderheit zu fördern. Ein besonderer Fokus liegt auf der historischen Aufarbeitung und dem internationalen Austausch zur Bekämpfung dieses speziellen Rassismus.

Weiterführende Informationen finden sich unter <https://www.zentralrat.sintiundroma.de>.

■ CeMAS Research Paper: Naturkatastrophen als Nährboden für Falschinformation

Die Publikation der CeMAS analysiert, wie Naturkatastrophen für die Verbreitung von Falschinformationen und antidemokratischer Agitation genutzt werden. Sie zeigt, wie Extremist:innen Krisen ausnutzen, um Vertrauen in demokratische Institutionen zu untergraben. Die Studie bietet Einblicke in die Strategien und Mechanismen, die dabei verwendet werden, und liefert Empfehlungen, um dem entgegenzuwirken.

Weitere Informationen finden sich unter <https://tinyurl.com/ydx5w23p>.

■ Handreichung zum „Mythos Neutralitätsgebot“ veröffentlicht

Der Deutsche Bundesjugendring (DBJR) hat eine Handreichung veröffentlicht, die den Mythos des Neutralitätsgebots in der Kinder- und Jugendarbeit thematisiert. Sie erläutert, dass das Neutralitätsgebot für staatliche Organe gilt, nicht jedoch für freie Träger. Besonders Jugendverbände genießen gemäß §12 Sozialgesetzbuch Autonomie. Die Handreichung bietet zudem praktische Tipps zum Umgang mit politischer Bildung und Diskussionen in Schulen.

Weiterführende Informationen finden sich unter <https://tinyurl.com/5n7rkbe8>.

■ Zivilgesellschaftliches Lagebild Antisemitismus

Die Amadeu Antonio Stiftung hat ein umfassendes Lagebild zum Antisemitismus in Deutschland veröffentlicht. Der Bericht beleuchtet aktuelle Entwicklungen und Herausforderungen im Kampf gegen Antisemitismus und bietet zivilgesellschaftlichen Akteuren praxisnahe Empfehlungen. Ziel ist es, die Öffentlichkeit zu sensibilisieren und effektive Maßnahmen zur Bekämpfung antisemitischer Tendenzen zu fördern.

Weiterführende Informationen finden sich unter <https://tinyurl.com/muac42a6>.

■ Themenheft „Rechtsextremismus und Schule“

Das Themenheft „Rechtsextremismus und Schule“ informiert über aktuelle Entwicklungen des Rechtsextremismus und bietet praktische Hinweise für den schulischen Umgang. Es behandelt Themen wie das Neutralitätsgebot und die Einbindung politischer Diskussionen in den Unterricht. Schulen erhalten konkrete Anleitungen, um gegen rechtsextreme Tendenzen vorzugehen und Schüler zu sensibilisieren.

Weiterführende Informationen finden sich unter <https://tinyurl.com/dfyh6p46>.

Förderungen, Wettbewerbe, Ausschreibungen

■ Deutsch-Israelischer Jugendaustausch

ConAct – Koordinierungszentrum Deutsch-Israelischer Jugendaustausch lädt zur Veranstaltung „Youth Exchange Programs: Best Practices and Challenges“ ein. Der Termin findet am 15. Juli 2024 online via Zoom statt. Experten und Teilnehmende diskutieren erfolgreiche Ansätze und Herausforderungen im Jugendaustausch zwischen Deutschland und Israel.

Weiterführende Informationen finden sich unter <https://www.conact-org.de/aktuelles/conact-terminen/termin-detail/termin/default-20f7a16896a7ca5da7626c429f549213>.

■ Ernst-Engelbrecht-Greve-Preis 2025 ausgeschrieben

Bund der Deutschen Landjugend (BDL) und die R+V Versicherung schreiben den Ernst-Engelbrecht-Greve-Preis 2025 aus. Der mit 10.000 Euro dotierte Preis richtet sich an Jugendliche und Jugendorganisationen, die kreative und zukunftsweisende Projekte im ländlichen Raum umgesetzt haben. Bewerbungen sind bis zum 20. Oktober 2024 möglich. Die Preisverleihung findet am 19. Januar 2025 während der Grünen Woche statt.

Weiterführende Informationen finden sich unter <https://tinyurl.com/3nmuzksx>.

■ Dieter Baacke Preis 2024 mit Sonderpreis

Der Dieter Baacke Preis 2024 zeichnet herausragende medienpädagogische Projekte aus. Er wird in sechs Kategorien vergeben und ist insgesamt mit 12.000 Euro dotiert. In diesem Jahr gibt es einen Sonderpreis zum Thema „Künstliche Intelligenz in der Medienbildung“. Bewerben können sich Projekte, die kreative und innovative Ansätze in der Medienbildung umsetzen und dabei den Einsatz von KI berücksichtigen. Einsendeschluss ist der 31. Juli 2024.

Weiterführende Informationen finden sich unter <https://jugendhilfeportal.de//artikel/dieter-baacke-preis-2024-mit-sonderpreis>.

■ Förderung der Dr. Bergmann Stiftung

Die Dr. Bergmann Stiftung unterstützt Projekte, die soziale Integration und kulturelle Bildung fördern. Gefördert werden innovative Ansätze, die gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken.

Weiterführende Informationen finden sich unter <https://tinyurl.com/mues72bh>.

■ Deutscher Multimediapreis 2024

Der Deutsche Multimediapreis zeichnet innovative und kreative Multimedia-Projekte aus. Bewerben können sich Projekte aus den Bereichen Bildung, Kunst und Kultur.

Weiterführende Informationen finden sich unter <https://tinyurl.com/2v2zke4f>.

■ Aktiv-Wettbewerb der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)

Der Aktiv-Wettbewerb der bpb fördert Projekte, die politisches und gesellschaftliches Engagement junger Menschen unterstützen. Ziel ist es, innovative und kreative Projekte auszuzeichnen, die sich mit demokratischer Bildung und Partizipation befassen. Bewerbungen sind für Einzelpersonen, Gruppen und Institutionen möglich.

Weiterführende Informationen finden sich unter <https://www.bpb.de/veranstaltungen/reihen/aktiv-wettbewerb/>.

■ Bundeswettbewerb „Demokratisch Handeln“

Der Bundeswettbewerb „Demokratisch Handeln“ zeichnet seit über 30 Jahren Projekte von Kindern und Jugendlichen aus, die sich für ein demokratisches Miteinander einsetzen. Teilnehmen können junge Menschen von 2 bis 25 Jahren, allein, in Gruppen oder mit Schulklassen. Der Hauptpreis ist die Teilnahme am Junify Demokratiefestival in Berlin. Es gibt zudem Sonderpreise für die Bereiche Film, Journalismus, Sport und Kunst.

Weiterführende Informationen finden sich unter <https://www.demokratisch-handeln.de>.

Veranstaltungen

■ **Veranstaltungsreihe der Initiative Interdisziplinäre Antisemitismusforschung Uni Trier**

Die Veranstaltungsreihe „Friends or Foes: Wie Regierungen beides sein können, wenn es um Israel und Antisemitismus geht“ startet am 20.05.2024 um 18 Uhr mit einem Vortrag von Olga Deutsch. Die Reihe „Die Selbstgerechten unter den Völkern - Reaktionen auf den 7. Oktober“ beleuchtet in 18 Vorträgen die Folgen des 7. Oktober aus verschiedenen Perspektiven. Alle Vorträge werden live auf dem YouTube-Kanal der Initiative Interdisziplinäre Antisemitismusforschung (IIA) gestreamt.

Weiterführende Informationen finden sich unter <https://www.youtube.com/channel/IIA-Uni-Trier>.

■ **Fortbildung „Aktueller Antisemitismus sowie Rassismus im Kontext des Nahostkonflikts“**

Termin: mehrere Termine Oktober - Januar 2024

Ort: mehrere Orte in NRW und Online

Info & Anmeldung:

BildungsBausteine e.V.

<https://tinyurl.com/b7yvrb2s>

■ **Workshop „Umgang mit rechten Äußerungen von Jugendlichen“**

Termin: 4. Juli 2024

Ort: Berlin

Info & Anmeldung:

Landesjugendring Berlin

<https://ljrberlin.de/gegen-rechts>

■ **Tagung „Kein Raum für Antisemitismus und Muslimfeindlichkeit!“**

Termin: 17. Juli 2024

Ort: Dortmund

Info & Anmeldung:

Landesjugendring NRW

<https://tinyurl.com/2cjr8d8e>

■ **Fachtag „Antifeminismen. Perspektiven aus Wissenschaft und Praxis“**

Termin: 19. Juli 2024

Ort: Darmstadt

Info & Anmeldung:

Gffz - Gender- und Frauenforschungszentrum der Hessischen Hochschulen

<https://tinyurl.com/3np3h2hh>

■ **bpb:game jam 2024 „Gegenrede im Netz: Gemeinsam statt einsam in digitalen Welten“**

Termin: 19. bis 21. Juli 2024

Ort: Hamminkeln

Info & Anmeldung:

Bundeszentrale für politische Bildung

www.bpb.de/gamejam

■ **Israel - Nahostkonflikt - Antisemitismus: Pädagogische Herausforderungen und Möglichkeiten nach dem 7. Oktober**

Termin: 15. August 2024

Ort: Weimar

Info & Anmeldung:

ConAct - Koordinierungszentrum Deutsch-Israelischer Jugendaustausch

<https://tinyurl.com/48mnt4xx>

■ **Tagung „Demokratie in Gefahr. Ausblicke und Gegenstrategien“**

Termin: 27. August 2024

Ort: Köln

Info & Anmeldung:

Kölnische Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit

<https://www.koelnische-gesellschaft.de/veranstaltungen/>

■ **BarCamp 2024 „Zusammen.Denken: Brückennarrative und ihre Relevanz für die politische Bildungsarbeit“**

Termin: 4. bis 5. September 2024

Ort: Hannover

Info & Anmeldung:

Bundeszentrale für politische Bildung

<https://tinyurl.com/2h2mcpva>

■ **Machtkritische Pädagogik in der Praxis mit Rom*nja**

Termin: 5. bis 26. September 2024

Ort: Online

Info & Anmeldung:

LVR - Landschaftsverband Rheinland und

LWL - Landschaftsverband Westfalen-Lippe

<https://tinyurl.com/bdfax7xw>

■ **Seminar „Gadjé-Rassismus und Co.“**

Termin: 26. September 2024

Ort: Online

Info & Anmeldung:

FUMA - Fachstelle für Gender und Diversität

<https://www.gender-nrw.de/veranstaltungen/gadje-rassismus-und-co/>

■ **Fachtagung „Ein Schritt nach vorn – zwei Schritte zurück. Soziale Bewegungen und Politische Bildungsarbeit im Kampf mit oder gegen Antisemitismus?“**

Termin: 25. September 2024

Ort: Köln

Info & Anmeldung:

Kölnische Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit

<https://tinyurl.com/2hy626te>

■ **Seminar „Intersektionalität“**

Termin: 10. Oktober 2024

Ort: Online

Info & Anmeldung:

FUMA - Fachstelle für Gender und Diversität

<https://www.gender-nrw.de/veranstaltungen/intersektionalitaet/>

■ **Vernetzungstreffen zur FUMA Fachtagung 2024**

Termin: 10. Oktober 2024

Ort: Duisburg

Info & Anmeldung:

FUMA - Fachstelle für Gender und Diversität

<https://tinyurl.com/jkpbeahb>

■ **Konstruktiver Umgang mit Spannungsfeldern von Antisemitismus- und Rassismuskritik**

Termin: 8. bis 9. November 2024

Ort: Online

Info & Anmeldung:

BildungsBausteine e.V.

<https://www.bildungsbausteine.org>

■ **Fachtagung „Verteilungskämpfe - Welche Funktion übernimmt antimuslimischer Rassismus in unserer Gesellschaft?“**

Termin: 10. November 2024

Ort: Berlin und Online

Info & Anmeldung:

Kompetenznetzwerk Islam- und Muslimfeindlichkeit

<https://kompetenznetzwerk-imf.de/fachtagung-anmeldung/>

■ **Abschlussveranstaltung des Kompetenznetzwerks „Demokratiebildung im Jugendalter“**

Termin: 10. November 2024

Ort: Online

Info & Anmeldung:

Kompetenznetzwerk Islam- und Muslimfeindlichkeit

<https://kompetenznetzwerk-imf.de/fachtagung-anmeldung/>

■ **Tagung „Demokratie in Gefahr. Ausblicke und Gegenstrategien“**

Termin: 21. November 2024

Ort: Berlin

Info & Anmeldung:

djo – Deutsche Jugend in Europa

<https://djo.de/events/jugend-migration-zukunft-2/>

■ **Fachtag „Antifeminismen. Perspektiven aus Wissenschaft und Praxis“**

Termin: 19. Juli 2024

Ort: Darmstadt

Info & Anmeldung:

Gffz - Gender- und Frauenforschungszentrum der Hessischen Hochschulen

<https://tinyurl.com/3np3h2hh>

■ **Aktueller Antisemitismus sowie Rassismus im Kontext des Nahostkonflikts**

Termin: 29. und 30. November 2024

Ort: Bielefeld

Info & Anmeldung:

BildungsBausteine e.V.

<https://www.bildungsbausteine.org>

■ **Aktueller Antisemitismus sowie Rassismus im Kontext des Nahostkonflikts mit besonderem Blick auf Kunst- und Kultur**

Termin: 6. und 7. Dezember 2024

Ort: Bonn

Info & Anmeldung:

BildungsBausteine e.V.

<https://www.bildungsbausteine.org>

In unserer Rubrik „Feier- & Gedenktage“ geben wir einen Ausblick auf die kommenden zwei Monate. Erläuterungen zu jedem Ereignis und eine Legende zu den einzelnen Symbolen finden sich auf unserer Website unter <https://www.idaev.de/researchetools/feier-und-gedenktage> oder in unserem **Wandkalender** unter <https://tinyurl.com/y4I5ndt9>. Wir freuen uns über Hinweise auf weitere Feier- & Gedenktage der Migrationsgesellschaft an info@IDAev.de.

JULI

01	 Tag gegen antimuslimischen Rassismus  Todestag von Marwa El-Sherbini
02	 Gedenken Massaker Sivas
03	
04	
05	
06	
07	
08	
09	
10	
11	
12	
13	
14	
15	
16	
17	
18	 Internationaler Nelson-Mandela-Tag
19	
20	
21	
22	
23	
24	
25	
26	
27	 Wehrhahn-Anschlag
28	
29	
30	 Welttag gegen Menschenhandel
31	

AUGUST

01	
02	Liquidation des sogenannteng Zigeunerlagers im KZ Auschwitz-Birkenau 
03	 Völkermord an den Eziden
04	
05	
06	
07	
08	
09	 Todestag von May Ayim  Internationaler Tag der indigenen Bevölkerung
10	
11	
12	 Internationaler Tag der Jugend
13	
14	
15	
16	
17	
18	
19	 Welttag der Humanitären Hilfe
20	
21	 Internationaler Tag der Opfer des Terrorismus
22	 Internationaler Tag der Opfer von Gewalttaten aus Gründen der Religion oder des Glaubens 
23	 Internationaler Tag der Erinnerung an den Sklavenhandel
24	
25	
26	Ausschreitungen in Rostock-Lichtenhagen 
27	
28	 Tag der Russlanddeutschen
29	
30	 Internationaler Tag der Verschwundenen
31	

Legende

-  Muslimische Feier- und Gedenktage
-  Hinduistische Feier- und Gedenktage
-  Jüdische Feier- und Gedenktage
-  Christliche Feier- und Gedenktage
-  Buddhistische Feier- und Gedenktage
-  Feier- und Gedenktage von Sinti:zze und Rom:nja
-  Kurdische Feier- und Gedenktage
-  Alevitische Feier- und Gedenktage
-  Feier- und Gedenktage der Bahai
-  Ezidische Feier- und Gedenktage
-  Feier- und Gedenktage Schwarzer Menschen
-  Feier- und Gedenktage von LSBT*IQ
-  Feier- und Gedenktage von Frauen
-  Feier- und Gedenktage von Menschen mit Behinderung
-  Feier- und Gedenktage bzgl. des Lebensalters
-  Gedenktage bzgl. des Nationalsozialismus
-  Gedenktage gegen Rechtsextremismus
-  Gedenktage gegen Rassismus
-  Feier- und Gedenktage für Menschenrechte/Demokratie
-  Feier- und Gedenktage der deutschen Migrationsgeschichte
-  Sonstige humanitäre internationale Feier- und Gedenktage
-  Sonstige besondere Tage

Die IDA-Infomail erscheint mehrmals jährlich und wird herausgegeben vom

Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismuserbeit e. V. (IDA)

Volmerswerther Str. 20

40221 Düsseldorf

Tel: 02 11 / 15 92 55-5

Fax: 02 11 / 15 92 55-69

Info@IDAeV.de

www.IDAeV.de

Redaktion:

Sebastian Seng, Lea Winterscheidt, Ahmed Harun Oral; V.i.S.d.P.: Ansgar Drücker

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: 15. August 2024

Informationen ohne Quellenangabe sind unterschiedlichen Mitglieds- oder Verbandszeitschriften, Websites sowie Pressemeldungen entnommen. IDA e. V. ist anerkannt als gemeinnütziger Verein durch das Finanzamt Düsseldorf-Süd, Steuer-Nummer: 106/5748/1122, als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 KJHG, als Träger der politischen Erwachsenenbildung und wird vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert.

ISSN 1611-8952

Datenschutz

Wir haben zum Versenden der Infomail Ihre E-Mailadresse (und ggf. weitere personenbezogene Daten) gespeichert. Wir nutzen die gespeicherten Kontaktdaten nur, um Ihnen die Infomail zukommen zu lassen.

Wenn Sie die Infomail nicht mehr von uns erhalten möchten, können Sie diese jederzeit abbestellen, indem Sie uns eine formlose E-Mail an Info@IDAeV.de senden. Wir werden die Adresse dann aus dem Verteiler entfernen. Alternativ können Sie sich unter <https://www.idaev.de/publikationen/infomail/abonnement/> vom Abonnement abmelden.